

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bestellungen und in allen Klubs erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: drei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,70 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-11 / Reichstraße 12  
Redaktion: Osterbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach: Dresden Nr. 18699  
Druckstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 16 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde  
Anzeigenpreis: die neuema. gepaltene Nonoparallele oder deren Raum 0,35 RM, im Familien- anzeige 0,20 RM. Die Restanzeige anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM  
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Redaktion Dresden-11, Osterbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Freitag den 28. März 1930

Nummer 74

## Die Youngplan-Regierung zurückgetreten

Koalition von den Bürgerlichen gesprengt / Sozialdemokraten fliegen, nachdem sie allem zugestimmt haben / Brüning wird mit der Regierungsbildung beauftragt / Hindenburg droht mit dem Ausnahmezustand / Die Massen müssen handeln!

Dresden, den 28. März 1930.

Das Kabinett Müller ist gestern abend zurückgetreten. Hindenburg hat den Rücktritt entgegengenommen. Müller und Severing haben ihre Schuldigkeit gegenüber der Bourgeoisie getan. Verbot des NSD, Zuchtstrafe gegen Kommunisten, Panzerkreuzer, milliardenschwere Steuer- und Zollgesetze zu Lasten der arbeitenden Massen, vor allem aber die Verabschiedung des Youngplans als dem Ausgangspunkt für die Verfallung des deutschen Proletariats, sind die sozialfaschistischen Regierungstaten gewesen. Auch gestern noch versuchten die Müller und Severing mit allen Mitteln ein Kompromiß zustande zu bringen und dem Kommando der Volkspartei zu entsprechen. Aber die deutsche Bourgeoisie will nicht Kompromiß, sondern restlose Durchführung des Youngplans ohne Manöver und Phrasen. Sie hat dem Mohr den Fuchstail gegeben, nachdem der Mohr seine Schuldigkeit getan hat.

Kurz vor dem Rücktritt des Kabinetts hatten sich Demokraten und Zentrum im wesentlichen auf die volksparteiliche Linie geeinigt, daß der Reichszuschuß zur Erwerbslosenversicherung auf 150 Millionen Mark verringert werden solle. Da der Zuschußbedarf 250 Millionen Mark beträgt, wären 100 Millionen Mark ungedeckt geblieben. SPD und Volkspartei waren sich einig, daß der Zuschuß durch neue Massenbelastung eingetrieben werden solle. Während die SPD eine weitere Erhöhung des Beitrages der Erwerbslosenversicherung vorschlug, bestand die Volkspartei auf einem direkten Abbau der Leistungen.

Die Regierung forderte das Einverständnis sämtlicher Regierungsfaktionen.

Obwohl alle vier sozialdemokratischen Minister mit dem Programm des volksparteilichen Finanzministers Mollenhauer ihr Einverständnis erklärten und auch die Führung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion weiter handelte und der Volkspartei Zugeständnisse machen wollte, haben die bürgerlichen Fraktionen der SPD den Rücktritt gegeben.

Heute wird der Fraktionsvorsitzende des Zentrums Brüning, von Hindenburg empfangen werden und höchstwahrscheinlich den Auftrag zur Bildung des neuen Kabinetts bekommen. Es besteht die Aussicht, ein bürgerliches Kabinett zu bilden, in dem auch Abgeordnete der Rechten sitzen sollen. Wenn nicht innerhalb 48 Stunden die neue Regierung gebildet und das Finanzprogramm verabschiedet ist, wird Hindenburg den Reichshaushaltsplan unter Zustimmung des bittatorischen Artikels 48 verabschieden lassen.

Die Regierung Hermann Müller ist zurückgetreten, genauer gesagt, zurückgetreten worden. Wochenlang haben die Sozialdemokraten versucht, mit den bürgerlichen Parteien eine gemeinsame Linie zur Durchführung des Unternehmerprogramms zu finden. Auf dem Rücken der Volksmassen wollten sie das Finanzprogramm der Bourgeoisie durchführen. Hermann Müller versuchte nochmals den bemähten Schieberbetrieb, den er schon zu Zeiten des Panzerkreuzerbaues angewandt hat. Die sozialdemokratischen Minister stimmten den gemeinsamen Forderungen der Unternehmerparteien zu. Sie erklärten sich mit dem weiteren Abbau der Erwerbslosenunterstützung einverstanden. Gleichzeitig beschloß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Ablehnung dieses Vorschlages. Die Schiebung scheiterte am Willen der Bürgerlichen.

Im Parlament werden Brüning oder Schulz versuchen, eine Regierung zu bilden. Die Initiative geht in die Hände Hindenburgs über, der für den Notfall den Ausnahmezustand und die Besetzung der Reichswehr generals bereit hält, um das Hungerprogramm durchzuführen. Gleichviel ob dieser faschistische Diktaturversuch jetzt oder später erfolgt, das Schwerkriegswort verbleibt sich noch weiter rechts, rechts als bisher. Auch die Sozialdemokratie rückt nach rechts. Es ist möglich, daß sie auf einige Zeit gewaltungsgemäße eine Scheinopposition gegen das kommende Kabinett der Bürgerlichen führen wird. Es wird nur eine geheuchelte Opposition sein. Unabhängig von jeder kommenden Regierungskombination wird die Sozialdemokratie jede reaktionäre Schandtat aktiv unterstützen.

Die Politik jeder neuen Regierung kann nur die genaue Fortsetzung der Politik Hermann Müllers und Severings sein.

Die Sozialdemokratie versucht jetzt, den Anschein zu erwecken, als sei der Rücktritt, den sie empfangen, eine Selbsttat, die sie begangen. Aber 1 1/2 Jahre Müllerischer Koalitionspolitik sind nicht spurlos an der deutschen Arbeiterklasse vorübergegangen. Die Sozialfaschisten haben den Panzerkreuzer gebaut, die Erwerbslosenunterstützung zerstückelt, den Youngplan unterzeichnet, das Republiktrümmern durchgeföhrt, hunderte Millionen neuerschaffenes durchgeföhrt, den roten Frontkämpfer-Massenbewegungen verboten, faschistische Terrorverbände hochgepöppelt.

Sie bereiten sich vor, ihr schmutziges Handwerk in der Scheinopposition fortzusetzen und beim ersten Wink aufs neue in jede beliebige reaktionäre Regierung einzutreten.

Die Entscheidung fällt nicht im Parlament, nicht in der Regierung. Die heutige Krise ist ein Ausbruch für die außerordentliche Zuspitzung des Klassenkampfes. Hermann Müller stürzte über die Frage der Erwerbslosigkeit. Das Berliner Tageblatt kündigt die direkte Kohärenzdeklaration für alle Arbeiter an. Gleichfalls schreibt es:

Die deutsche Arbeiterklasse hat eine schwere Zeit vor sich. Der russische Bolschewismus ist gewiß kein leuchtendes Vorbild, aber trotzdem wächst die Macht der kommunistischen Idee über Teile der deutschen Arbeiterklasse.

Das zeigen die Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet, in Oberschlesien, die Kundgebungen am 1. Februar und am 6. März.

Hindenburg will die Krise mit eigener Faust lösen. Die Arbeitermassen müssen ihrerseits die Krise mit eigener Faust lösen. Die Demokratie ist in der Gefahr. Man muß mit der bürgerlichen Demokratie Schluss machen. Wir kämpfen für den revolutionären Diktaturausweg. Fort mit Hindenburg! Fort mit jeder Regierung der Kapitalisten und ihrer sozialfaschistischen Handlanger! Fort mit dem Republikstuhler, den Demagogentränselern!

Stärke die Machtentfaltung, Einheitsfront des kämpfenden Proletariats ist jetzt notwendig, um den Ausbeutern und Sozialfaschisten das Handwerk zu legen.

## Roter Vormarsch in Oberschlesien

Bernichtende Niederlagen der Reformisten — Neue rote Erfolge im Reich

Dresden, den 28. März.

Im gleichen Augenblick, da die Sozialfaschisten und Brandleristen in gemeinsamem Chorus über den „Rückzug der KPD“, ihre „Hollierung von den Massen“ zu berichten wiesen, antwortet das Proletariat an der Ruhr, im Herzen der deutschen Schwerindustrie, den Arbeiterleiden mit wichtigen Schlägen. Im ganzen Reiches marschiert die Opposition, erobert neue Positionen in den Betrieben, behauptet die alten Stellungen trotz Massentilgungen oppositioneller Arbeiter, trotz Terror der Verwaltungen, trotz Heße der Reformisten. Auf der anderen Seite haben wir von Rückschlägen der Opposition, so vor allem auf Leuna, in Berliner Verkehrs- und Hamburger Hafenbetrieben kein Gehör gemacht. Die wichtigste und langjährige Folgerung, die wir gezogen haben, ist die Bekämpfung unserer revolutionären Massenarbeit unter den parteilosen, sozialdemokratischen und artikulierten Arbeitern, insbesondere in den Gewerkschaften, die Bekämpfung aller jetzigen Stimmungen in Teilen unserer Organisation, ohne auch nur einen Finger breit dem Opportunismus Konzessionen zu machen.

Die Dresdner Volkszeitung knüpft an eine Meldung über die Wahlen bei den Mitteldeutschen Stahlwerken AG, Werk Kiefo, wo die Opposition nur einen Bruchteil der reformistischen Stimmen erhielt (2300/150), die Bemerkung: „Dieses Ergebnis wird man in der Arbeiterklasse wohl lange suchen können.“ Ein Tertium, verhehete Redaktion. Wir verschweigen nicht unsere gelegentlichen, wenn auch lokal begrenzten Niederlagen, weil sie für uns die Quelle der Selbstkritik und damit die Quelle künftiger Siege sind. Wir richten aber umgekehrt, und diesmal mit voller Berechtigung, die Adresse an die der KPD-Korruptoren. Die Adresse an die der KPD-Korruptoren, warum sie ihre katastrophalen Niederlagen, die nicht nur einzelne Betriebe, sondern

ganz Industriegebiete betreffen, ihren Lesern verschweigt, warum sie nicht berichtet, wie das Proletariat des Ruhrgebietes gemüht hat? Darauf werden allerdings die sozialdemokratischen Veler lange warten können. Sie werden auch nachfolgende Resultate, die eine Ergänzung der von uns gestern berichteten Erfolge im Ruhrgebiet und anderen Bezirken darstellen, nicht kennenleruen.

### Note Betriebe!

Gleiwitz, 28. März. (Eigene Drahtmeldung.)  
Gestern fanden die Betriebsratswahlen in fünf der größten Schächte in Oberschlesien statt. Sie brachten der Gewerkschaftsopposition überwältigende Siege, den Reformisten vernichtende Niederlagen. Die roten Willen erzwangen die absolute Mehrheit aller abgegebenen Stimmen, die Reformisten verloren bis zwei Drittel ihrer vorherigen Stimmen.

Berlin, 28. März. (Eigene Drahtmeldung.)  
In der Chemischen Farberei und Wäscherei Spindler in Spindlerfeld bei Berlin, dem größten Berliner Betrieb dieser Branche, wo die revolutionäre Opposition zum ersten Male eine rote Liste aufstellte, erhielt die Opposition zu der Betriebsratswahl 527 Stimmen, die Reformisten 226 Stimmen.

Bei Hisinger, wo die revolutionäre Opposition eben falls zum ersten Male eine revolutionäre Liste aufstellte, konnte die Zahl ihrer Arbeiterratsmitglieder von 1 auf 6 erhöhen. Die Reformisten gingen zurück von 15 auf 10. Die Opposition erhielt 451 Stimmen, die Reformisten 640 Stimmen.

## Die letzte Schandtat des Müller-Kabinetts

Die Zollerhöhung in Kraft getreten

Berlin, den 27. März.  
Die Zollerhöhungen für Weizen, Hafer und Gerste sind in der vergangenen Nacht um 12 Uhr in Kraft getreten. Die weiterhin beschlossenen Zollerhöhungen für Reis, Weizen, Mais, Kartoffeln und Zucker treten in der Nacht zum 29. März in Kraft, das Malzgesetz am 1. April.

Durch Verordnung vom 19. März ist der Zoll für die Schweine ganz erheblich erhöht worden. Am 28. März beträgt der Zoll für den Doppelkühner Lebensgewicht nicht mehr wie bisher 18, sondern 27 Mark. Das ist einfach eine mit keiner Begründung zu rechtfertigende Maßnahme, die sich ebenfalls in der Erhöhung der Lebensmittelpreise für die werktätigen Massen auswirken muß.

Widerlich verlogen schrieb noch vor einigen Tagen die „linkssozialdemokratische Presse: „Eine Schraube ohne Ende“, „Wieder höherer Weizenzoll“, „Das Volk soll hungern“, „Damit der Profit der Agrarier höhergestellt wird“, schreibt z. B. die Pflaumer Volkszeitung mit Kienleiten in die Welt.

Das hat jedoch auch die „Linken“ Sozialdemokraten nicht abgehalten, im Reichstag mit dafür zu stimmen, daß der Zollwucher und die Profite der Agrarier gestärkt sind.

### Ohrfeige für Severing

In einem Antwortschreiben der thüringischen Regierung an Severing wird erklärt, daß jene die von Severing vorgeschlagene Unternehmung im Verwaltungsapparat des thüringischen Innenministeriums ablehne. Das ist eine schallende Ohrfeige für Severing und dürfte mit ein Grund für den Rücktritt des Müller-Kabinetts gewesen sein. Das Verhalten Thüringens zeigt außerdem, wie die bürgerlichen Parteien die Drohung eines sozialdemokratischen Ministers einschlagen.